

Kapitel 1: Lebensgrundlagen schützen



46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in: Anne Roth (KV Köln)

Änderungsantrag zu PB.L-01

Von Zeile 625 bis 634:

Der Klimawandel verändert die Rahmenbedingungen unseres Gesellschaftssystems. Er wirkt auf alle Wirtschaftssektoren und nimmt Einfluss auf das gesellschaftliche Leben in all seinen Zusammenhängen. Schon heute hat sich die Erde um 1,2 Grad erhitzt. Während wir um jedes Zehntelgrad weniger an Erderhitzung kämpfen, müssen wir uns zugleich an diese Veränderungen anpassen.

~~Schon heute hat sich die Erde um 1,2 Grad erhitzt. Die Folgen sind mit Hitzesommern, Waldsterben und Dürren längst auch in unserem Land spürbar und treffen oft die am härtesten, die in schwierigeren Umständen leben. Während wir um jedes Zehntelgrad weniger an Erderhitzung kämpfen, müssen wir uns zugleich an diese Veränderungen anpassen. Unsere Städte wollen wir besser gegen Hitzewellen wappnen – mit mehr Stadtgrün, Fassadenbegrünung und Trinkbrunnen. Es gilt unsere Städte so umzugestalten, dass sie mehr Wasser aufnehmen und speichern und im Sommer kühlend wirken. Öffentliche Trinkwasserversorgung muss Vorrang vor einer Privatnutzung haben. Die Folgen sind mit überhitzten städtischen Gebieten in Hitzesommern, Starkregenereignisse und Überflutungen, Dürren mit Waldsterben und Erntausfällen, sind längst auch in unserem Land spürbar und treffen oft die am härtesten, die in schwierigeren Umständen leben. Unsere Städte wollen wir besser gegen Hitzewellen, auf längere Trockenphasen und Starkregenereignisse wappnen – zum Beispiel mit mehr Stadtgrün, Dach- und Fassadenbegrünung, öffentliche Trinkbrunnen, Entsiegelungen, klimagerechten Bauten, aber auch durch Programme zur gesundheitlichen Hitzevorsorge. Öffentliche Trinkwasserversorgung muss Vorrang vor einer Privatnutzung haben.~~

Die Folgen des Klimawandels treffen ebenso den ländlichen Raum und ihre Gemeinden. Hier werden wir vor allem die Wirtschaftssektoren (z. B. Land- und Forstwirtschaft, Tourismus, Fischerei) unterstützen, um gestärkt den Folgen des Klimawandels zu begegnen. Systematische und ambitionierte Anpassung an die Folgen des Klimawandels ist essentiell für die Schaffung gleicher Lebensverhältnisse in der Stadt und auf dem Land. Anpassung an den Klimawandel hilft, besser mit seinen Folgen umzugehen, Schäden zu verringern und existierende Chancen zu nutzen.

Begründung

Dieser ÄA wurde durch den Partei-AK Klima und Umwelt am 22.04.2021 beschlossen.

Die Folgen des Klimawandels sind eine "neue" gesellschaftliche Herausforderung. Die Auswirkungen beziehen sich nicht nur auf die Städte, auch der ländliche Raum mit ihren Gemeinden und ihre Bewohner*innen werden betroffen sein. Es geht auch nicht nur um Hitze und Trockenheit, auch das Problem Starkregen sowie Stürme werden eine Rolle spielen. Ganze Wirtschaftssektoren werden sich umstellen müssen. Durch fehlende Anpassung wird es zu weiteren Ungerechtigkeiten innerhalb Deutschlands - und natürlich global kommen.

weitere Antragsteller*innen

Robert Schallehn (KV Köln); Sascha Heußen (KV Köln); Jana Dreston (KV Köln); Stefan Behrens (KV Köln); Martin Reiher (KV Köln); Roman Schulte (KV Köln); Achim Stump (KV Köln); Bernhard Ziegler (KV Frankfurt-Oder); Susanne Schwarz-Esser (KV Köln); Sabine Jutta Müller (KV Köln); Chris Cranz (KV Köln); Martin Gonzalez Granda (KV Köln); Alexander Volk (KV Köln); Benedict Wieters (KV Köln); Thomas Ketelaer (KV Köln); Barbara Wagner (KV Bodenseekreis); Florian Lemmes (Köln KV); Marvin Reschinsky (KV Köln); Martin Gütgemann (KV Köln)